

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948**

35 (27.8.1948)

Das schwierigste aller finanziellen Probleme, die wir jetzt lösen müssen, liegt in der Beschaffung der Mittel für die öffentliche Hand. Nach allen den Meldungen, die wir auch unseren Lesern bereits bekanntgegeben haben, sind zwei grundsätzliche Feststellungen zu machen: 1. Die Einnahmen der öffentlichen Hand mit der Geldreform reichen bei weitem nicht aus, die Ausgaben zu decken, ja in manchen Fällen nicht einmal dazu, die Ansprüche der Besetzung zu befriedigen. 2. Die Zuwendungen, die die öffentliche Hand aufgrund der Währungsreform bekommen hat, werden im Laufe des Septembers spätestens verbraucht sein. Auf der anderen Seite sind etwa der 1/3 des Umstellungsgeldes, der Haushaltsdefizite vermindert.

## Freiheit und Rechtssicherheit

### Genehmigungspflicht ohne Rechtsgrundlage — Auf dem Wege zur Gewerbefreiheit — Arbeitsgesetzbuch fehlt Neue Lasten zum Ausgleich der Lasten — Optimale Steuern, die nicht reichen

Eine Entscheidung liegt in der Luft: Wollen wir ein Polizeistaat bleiben oder ein Rechtsstaat werden? Die Mentalität der Behörden im Zusammenhang mit dem Trüffelgesetz (es ließ sich doch im Dritten Reich so schön kommandieren, warum nicht auch heute?) und dem Machtbedürfnis dokumentiert uns immer noch der Polizeistaat. Die Folge ist eine zunehmende Rechtsunsicherheit. Wir greifen uns dies zu bewahren, ein Kapitel heraus, das die gesamte Wirtschaft in gleicher Weise interessiert: Die Eröffnung neuer Industriebetriebe. Beginnen wir mit Baden. Hier liegt kein Lizenzierungsgebot vor, wie in den drei Ländern der amerikanischen Zone, worauf wir noch kommen werden. Die alten Gesetze aus dem Dritten Reich sind nicht verlängert worden. Nur das Handelsgesetzbuch und das Gewerbesteuergesetz gehen noch, sollen uns aber hier nicht interessieren. Soweit also ein Betrieb nicht Einzelhandel und nicht Gaststätte ist, ist er nicht genehmigungspflichtig. Es gelten die §§ 14 und 15 der Gewerbeordnung, wonach die Eröffnung des Betriebes der zuständigen Behörde anzuzeigen ist, und diese innerhalb drei Tagen verpflichtet ist, den Anmeldebescheid auszustellen, wenn nicht Bestimmungen der Gewerbeordnung dem entgegenstehen. Das ist die tatsächliche Rechtslage in Baden. Jedoch hat das badische Wirtschaftsministerium am Bundesrat 29.48 erklärt: „Jeht neue gewerbliche Betätigung ist genehmigungspflichtig.“ Dieser Bundesrat ist, wie ein badisches Verwaltungsgericht festgestellt, ungesetzlich. Das Ministerium schuf mit diesem Bundesrat neues materielles Recht und überschritt damit seine Befugnisse, abgesehen von formalen Fehlern in diesem Bundesrat. Trotzdem wird aber in Baden lautstark weiter „genehmigt“, obwohl die sich damit so gern beschäftigten Behörden ohne gesetzliche Unterlage handeln. Das nennt man Faustrecht, das keinen Platz hat in einem Rechtsstaat. Also in Baden darf ohne Genehmigung ein Industriebetrieb eröffnet werden, aber die Behörden haben andere Wege und Mittel, um dies doch noch praktisch unmöglich zu machen: Sie können z. B. den Zutritt für die Leute verweigern, die in diesen Betrieben arbeiten sollen und nicht „badische Staatsangehörige“ sind. Wozu ist ein allgemeines gültiges Gesetz wie die Gewerbeordnung da? Dann, daß

man sie mit kleinen städtischen Anordnungen, wie Zutragsgenehmigung usw. unwirksam macht.

Die Rechtslage in der amerikanischen Zone ist klarer. Dort besteht sowohl in Hessen, wie in Bayern und in Württemberg-Baden ein sogenanntes Lizenzierungsrecht aus dem Jahre 1947, in dem die allen bekannten Einschränkungen der Gewerbefreiheit zu finden sind. Der § 2 dieses Gesetzes stützt sich auf: 1. Bedürfnisfrage, 2. persönliche und sachliche Eignung des Unternehmers, 3. Sicherung der Belieferung mit Rohstoffen und Waren, 4. das notwendige Kapital und 5. Herstellungsverbote. Wenigstens die gesetzliche Grundlage ist klar. Wer einen Gewerbebetrieb eröffnen will, bedarf einer Erlaubnis, und diese kann verweigert werden, wenn einer der fünf angegebenen Punkte nicht zur Zufriedenheit der genehmigenden Behörde erfüllt ist.

Um nun aber die Gewerbefreiheit wieder voll erleben zu lassen, hat der Wirtschaftsrat im Juli dieses Jahres ein Gesetz beschlossen, wonach die Errich-

tung, Verlegung, Erweiterung und Übernahme von Gewerbebetrieben, der Industrie, des Handwerks, des Handels und des Vermittlergewerbes jedermann gestattet ist, soweit nicht durch dieses neue Gesetz oder durch die Gewerbeordnung Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben sind. Der Länderrat hat gegen dieses Gesetz Einspruch erhoben. Er verlangt, daß die persönliche und sachliche Eignung des Unternehmers und die Bedürfnisfrage geprüft werden müsse, d. h. er verlangt wieder ein Genehmigungsverfahren. Der Wirtschaftsrat bekommt nun dieses Gesetz zurück und muß es einstimmig beschließen, dann wird es trotz des Einspruchs des Länderrats Gesetz, so wollen wir es wenigstens hoffen und unsere Vermutung spricht für diese Hoffnung. Dann würden praktisch wieder die alten Bestimmungen der Gewerbeordnung in Kraft treten, die sich in den letzten Jahren ihres Bestehens als ein außerordentlich gutes Recht erwiesen hat. Dann würde auch das Einzelhandelschutzgesetz fallen, worüber

wir uns in der Nummer 31 näher ausgesprochen haben.

Die Rückkehr zur Gewerbefreiheit bedeutet ein Abschließen der Bereinigung des einzelnen durch den Staat, bedeutet die Überwindung des Polizeistaates und damit das Verwinden jeglicher behördlicher Willkür.

Die Wirtschaftslage, in die wir jetzt hineinkommen, ist so schwer, daß wir die ganze Freiheit des wirtschaftenden Menschen brauchen, um sie zu meistern. Wir müssen den Fächelinen freie Bahn zu einer Kabinen geben, die sie sich dann selbst zu schaffen haben. Viele alleinstehende Unternehmer des Handels und der Industrie werden bei dem scharfen Wind der Konkurrenz auf der Strecke bleiben. Das wissen wir, und weil wir es wissen, sollte sich jeder, der in der Wirtschaft tätig ist, darauf einstellen. Das gilt für die Selbständigen wie für die Unselbständigen. Nur der freie Mensch kann seine Kräfte voll entfalten. Für den unselbständigen Schaffenden muß — analog der Gewerbefrei-

heit — die Freiheit geschaffen werden, sich selbst seinen Arbeitsplatz zu suchen, d. h. die Meldekarte sollte beendet werden. Schon heute brauchen die Arbeitkämmer nicht mehr gefragt zu werden, wenn die Löhne in einem Betrieb geändert werden. Das soll der Unternehmer mit den Gewerkschaften beschreiben und nur wenn sich die beiden nicht einigen können, greift die Behörde ein. Erst sollen die Menschen versuchen, miteinander fertig zu werden. Wir wollen uns daran gewöhnen, nicht bei jeder wirtschaftlichen Handlung eine Behörde um Genehmigung zu fragen, sondern uns selbst, unter eigenem Gewissen, das uns gebietet, friedlich mit dem Nächsten zusammenzuarbeiten. So überwinden wir den Polizeistaat und kommen zum Rechtsstaat.

Wirtschaftliche Gesichtspunkte sind wichtig, aber sie allein entscheiden nicht. Selbst wenn man glaubt, daß wirtschaftliche Notwendigkeiten zur Beschränkung der Freiheit zwingen, ist die Freiheit des einzelnen dieser wirtschaftlichen Erkenntnis übergeordnet, und die Wirtschaft muß entsprechend gestaltet werden. Es geht auch nicht an, daß man Landesregierungen nur aus wirtschaftlichen Gründen zu ändern gedenkt, wie es ein deutscher Ministerpräsident vor kurzem verlangte. Die Wirtschaft eines Landes hat sich nach den Landesgrenzen zu richten und nicht die Landesregierungen nach der Wirtschaft. Die Gemeinschaft des einzelnen, des Volkes, muß übergeordnet. Dies muß gerade einmal in einer Wirtschaftserziehung gesagt werden. Die Wirtschaft ist ein Ausdruck des Lebens eines Volkes. Darum zeigt sich auch — vielleicht ganz besonders — in der Freiheit, die der einzelne in der Gestaltung des Teils der Wirtschaft hat, den er betreiben will, der Freiheitsgrad des Volkes, dem er angehört.

## Schokolade-Industrie bereit

Die in unserer Nummer 34 angekündigte Besuche von 3000 t Kakao für die Doppelzonen, die zu Schokoladeerzeugnissen für den Weltmarkt verarbeitet werden sollen, trifft die westdeutsche Schokolade-Industrie wohlvermittelt mit der Herstellung von Bonbons und verschiedenen Nahrungsmitteln, welche die Betriebe der Schokolade-Industrie bisher nur zu einem kleinen Teil ausgenutzt. Die vorgesehene Rohkaaproduktion wird auch nur eine kurzfristige Beschäftigung ermöglichen. Vor dem Kriege wurden jährlich 70.000 bis 80.000 t Rohkakao von der gesamten deutschen Schokolade-Industrie verarbeitet.

Die deutsche Schokolade-Industrie umfaßt im alten Reichgebiet vor dem Kriege rund 150 von der Bohne an arbeitende Betriebe mit über 40.000 Arbeitskräften und einer jährlichen Verarbeitungskapazität von etwa 80.000 t Rohkakao. Wichtige Werke mit etwa 60% dieser Kapazität lagen in der heu-

tigen Ostzone 41 Fabriken hatten ihnen bis in das vier Größtstädte Köln, Berlin, Düsseldorf und Magdeburg, die fast alle mehr oder weniger schwere Kriegsschäden erlitten haben. In der sowjetischen Zone kamen ungenügende Demontagen hinzu. Von Frankreichs wird geschätzt, daß die deutsche Schokolade-Industrie insgesamt etwa die Hälfte ihrer Verarbeitungskapazität verloren hat. Überig geblieben ist in den Westzonen eine Verarbeitungskapazität von etwa 20.000 t, in der Ostzone eine solche von etwa 15.000 t und in Berlin, auf das früher 15% der Gesamtkapazität entfiel, etwa 5.000 t.

Von der Demontage in der Ostzone sind in Berlin sind die größten und modernsten Werke betroffen worden. Der Altbau der Anlagen erfolgte zum Teil bis zu 75%. Die verbliebenen Betriebe arbeiten teilweise als sowjetische Aktiengesellschaften oder sind in landeseigenen Besitz überführt worden. Von den größeren Unternehmen befindet sich kein Betrieb mehr in privater Hand. Das Zweigwerk der Gebr. Stollwerck AG und ein Betrieb von Trumpf in Berlin arbeiten unter russischer Kontrolle. Die Sarotti AG in Berlin-Tempelhof verlor durch Demontagen den größten Teil ihrer Fabrikationsanlagen und hat ihren Sitz nach den Westzonen verlegt. Hildebrandt im französischen Sektor Berlin verlor ein Teil ihrer Anlagen, bekanntlich Firmen der Demosco waren Hartwig & Vogel AG, Dresden, Feodor in Tangermünde, Most KG in Leipzig, Maxdorf KG in Saalfeld, womit nun einzige der bekanntesten süddeutschen, die heute wieder arbeiten, aber nicht mit der Kakaoverarbeitung beschäftigt sind.

In den Westzonen hat die Gebr. Stollwerck AG in Köln als eine der bedeutendsten Unternehmungen der deutschen Schokolade-Industrie den Krieg hinsichtlich ihrer maschinellen Einrichtungen unbeschädigt überstanden. Der Kölner Betrieb ist voll produktionsfähig und kann innerhalb kürzester Zeit die Verarbeitung von Rohkakao übernehmen. Seit März 1947 werden Bonbons, Drops und Fondants hergestellt und gegen Zerkernmarken verkauft. Die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte betrug 600 gegen 400 vor dem Kriege. Von den Beschäftigten der Gebr. Stollwerck AG wurde das Reichsland-Wehr in Bremen schwer beschädigt.

Die Trumpf-Fabrik in Aachen wurde total zerstört. In einem früheren Spinnwebbetrieb nahm das Unternehmen die Nahrungsmittel- und Süßwarenherstellung nach dem Kriege wieder auf. Die gleichfalls total zerstörte Kwast-Kakao- und Schokolade-Fabrik AG in Köln-Brennfeld befindet sich in Wiederaufbau. Neugebauer und Lohmann in Emmerich und von Heussen & Sohn in Krefeld erlitten Kriegsschäden, stellen jedoch seit längerem Nahrungsmittel und Süßwaren her. Mit der Erzeugung von verschiedenen Produkten befassten sich zudem von den übrigen bekannten Unternehmen der Schokolade-Industrie in der britischen Zone Kaiser in Viersen, Tempelmann in Mülheim a. d. Ruhr, Sprengel in Hannover und die verschiedenen mittleren und kleineren Be-

triebe der Schokolade-Industrie in Hamburg, einem früheren Zentrum für Konfektfabrikation.

Von den bekanntesten Unternehmungen der amerikanischen Zone wurde Frankonia in Würzburg stark zerstört, während Waldhorn in Stuttgart wenig Schäden erlitten hat. Schöning in Mannheim erlitt ungenügende Kriegsschäden. Das Zweigwerk der Sarotti in Hildesheim (Melle) blieb unversehrt. Die Bremer Schokolade-Fabrik Harbig & Co., die vor dem Kriege 200 Arbeitskräfte beschäftigte, strengt seit Juli vorigen Jahres Stillware.

Aus der französischen Zone ist vor allem der Suchard-Betrieb in Lörrach als unbeschädigt zu erwähnen. Fast alle Firmen der Schokolade-Industrie haben sich der Erzeugung der verschiedensten Nahrungsmittel und Süßwaren zugewandt.

Seit Beginn des Krieges hat die deutsche Schokolade-Industrie keine Rohkaaproduktion mehr erhalten. Die letzten Krieges Vorräte gingen bei Ende des Jahres verloren. Im Jahre 1936 betrug die deutsche Rohkaaproduktion 76.500 t im Wert von 36,5 Mill. Mark. Die Verarbeitung von Rohkakao ist stark intensivierte und der Devisenanstieg ein Faktorprodukt verhältnismäßig gering 100 kg Rohkakao erheben etwa 35 bis 40 kg Kakao, die auch im Inland sehr begehrt ist, allerdings aber exportiert werden kann. Je für die zu gewinnende Kakaoerzeugung der gleiche Preis wie für 100 kg Kakaoerzeugnis im Ausland zu erzielen ist.

Auf unsere Glasse in Nummer 34, „Teurer Kakao“ haben wir eine Zuschrift erhalten, die offenbar von einem Fachmann stammt und diesen Artikel gut ergänzt. Er befaßt sich mit der Frage, was wohl eine Tüte Schokolade, die im Frieden 50 Pfennige gekostet hat, jetzt mit dem teuren Kakao kosten würde, und schreibt: „Nach meiner Kenntnis am Friedensanfang eine Tüte Schokolade 100 g und setzte sich etwa zusammen aus 33% Kakao, 60% Zucker und 7% Zutaten (Wasser, Milch, Mokka, Vanille, Haselnüssen usw.). Nehmen wir nun an, daß der zur Verarbeitung kommende Kakao das Dreifache des Rohkakao zu stehen kommt, d. h. auf circa 10.000 DM die Tonne, so kostete der kg Kakao für den Schokolade-Fabrikanten früher 1 Mark nunmehr 10 DM. Für Zucker nehme ich den Kleinverkaufspreis von früher 80 Pfennigen, jetzt 1,5 DM an. Wenn ich nun kalkuliere:

	früher Pfennige	heute D-Pfennige
a) Kakao ca. 35 g	33	330
b) Zucker ca. 60 g	48	720
c) Zutaten	19	50
d) Verarbeitung, Frachten, Verkaufsgesam.	30,0	70
	30,0	1150

Wir werden nun sehen, welchem Preise die ersten wieder in Deutschland hergestellten Tafeln Schokolade haben werden.

StEG - eine Musterschau  
Gehortetes Heeresgut verkommt

Seit die Gesellschaft zur Erfassung von Heeresgut vor etwa Jahresfrist in „Staatsliche Gesellschaft zur Erfassung von öffentlichen Gütern“ kurz StEG, umgewandelt wurde, ist die Einrichtung immer umfangreicher geworden. So betreibt die StEG neben der Erfassung von Wehrmachtsgütern und der Übernahme von amerikanischem Heeresgut auch den Umbau von Seefahrzeugen. Bisher wurden, so ist nach einer solchen in Bremen abgehaltenen Tagung der StEG bekannt geworden, 19 Fischdampfer, 9 Logger und 4 Hochseekutter umgebaut und weitere 50 Fahrzeuge befinden sich zwecks Umbau in Arbeit mit dem Wert von 1.200 Millionen Mark. Was die Wehrmachtsgüter betrifft, so betreibt die StEG die zur Währungsreform eine Heftung, wie im Wirtschaftsministerium des Bayerischen Landtags festgestellt wurde. Beim Umbau der Schiffe kommt man aber auch durch die Währungsreform nicht in Verlegenheit. Die StEG hat bereits 4,5 Mill. DM Kredit über die Geeselerde Bank bekommen, um das Schiffbau zu finanzieren, und weitere 1,5 Mill. DM werden fürs nächste Jahr zur Verfügung gestellt.

Es laufen jetzt drei Hauptaufträge der StEG weiter, neben vielen Neben- und Vorarbeiten, der sogenannte SIM-Kontrakt für die Importation von Material, der sich auf 60 Mill. Dollar beläuft und schließlich der sogenannte „Bulk Transfer“ von 100 Mill. Dollar. Er handelt sich dabei um 27 geschlossene Depots in der US-Zone, von denen jetzt 19 übernommen sind.

Der „Bulk Transfer“ ist seiner Zeit auch unter dem Namen Koehler-Vertrag bekannt geworden. Alles deutet darauf hin, daß bei Abschluß der Verträge weder die zuständigen amerikanischen, noch die deutschen Stellen sich nur einigermassen einen Überblick über den Zustand und den Wert jener Waren hatten, die nun für kostbare Exportdollars in deutschen Besitz übergegangen sind. In anderen Ländern hat zwar die US-Army überschüssiges Heeresgut meist zu 10% des Anschaffungswertes abgeben, den Österreichern wurde es vielfach geschenkt, aber von uns werden 21% der amerikanischen Anschaffungswerte getordert und daraus entstehen

unmögliche Situationen, die nach einer Revision schrien. Die StEG klagt selbst darüber, daß sie die im Augenblick fällige Übernahme von 3000 amerikanischen Lastkraftwagen und Jeeps zu dem gebotenen Preis (11%) nicht voranzutreiben kann. Bis heute hat die StEG, obwohl seit Jahr und Tag erfährt wird, und obwohl sie reichlich 7000 Mann beschäftigt, keinerlei zuverlässigen Überblick über das, was sie besitzt, erst recht nicht über die zweckmäßigste Verwendung. Es gibt Postungen, von denen 90 Prozent total durch die lange Lagerung verdorben sind. Die Art der Bewahrung führte auch keineswegs dazu, daß sich die Güter etwa vermehren. Das schlimmste aber ist die Wegnahme von Teildokumenten, durch die wertvolle Geräte oder Fahrzeuge so gut wie wertlos geworden sind. Das Nürnberg Lager von amerikanischen Kraftfahrzeugen, das die StEG übernommen muß, vermittelte teilweise den Eindruck eines Autofriedhofs. Vieles hat nur noch Schrottwert. So ist die Erschließung über den Frankfurter Vertrag, der innerhald mit einigen Pump angekündigt wurde, groß. Bisher stellt sich heraus, daß viele StEG-Wagen unerschicklich sind, einmal wegen der zu hohen Beschaffungskosten (11%), dann aber auch wegen der Verluste in den Lagern. Die StEG, die bis zur Währungsreform ihre Schätze vergraben verbergt, tritt jetzt erosaft mit einer Musterschau in München vor die Öffentlichkeit. Bis 30. September 1948 im Exportort.

## Viermächtebesprechungen über die Mark

London. Der Berliner Korrespondent der Times gleicht am Donnerstag zu wissen, daß Viermächtebesprechungen über die Währungsfrage Berlin in Kürze in der ehemaligen Reichshauptstadt aufgenommen werden sollen. Aus diesem Grund hätten der britische und der amerikanische Militärkommandanten ihre Reise in das Ruhrgebiet verschoben.

neuen Gehaltstafeln gelten, wie die DAG in Hamburg am Dienstag mitteilt, für die gesamte britische Zone. Die von der Arbeitsverwaltung genehmigten Lohnsteigerungen sollen in voller Höhe bestehen bleiben.

### Einsparung UN-Budget

Laha Baroz, Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, forderte in dem am 26. 8. veröffentlichten jährlichen Finanzbericht der UN für die Ausgaben im Jahre 1948 ein Budget von 2,5 Mill. Dollar. Dieser Betrag ist um 1,1 Mill. Dollar geringer als das für das laufende Jahr bewilligte Budget.

### Hapag-Lloyd übernimmt Vertreibung

Die Hapag-Lloyd-Organisation hat die Vertreibung der „American-Expert-Lines“ für den Schiffsverkehr von Genoa, Neapel und Palermo nach New York sowie der „Canadian Pacific Line“ für den Schiffsverkehr von Liverpool nach Quebec und Montreal übernommen.

### Verkehrswissenschaftliche Tagung

Am 21. 8. und 1. 9. 1948 findet auf Einladung des Hauses der Technik e. V. Essen gemeinsam mit dem Verkehrswissenschaftlichen Institut der Technischen Hochschule Aachen eine verkehrswissenschaftliche Tagung in Essen statt.

### USA-Goldbestand weiter gestiegen

New York. Wie „United Press“ berichtet, sind die Goldreserven der Vereinigten Staaten in der Woche um 20 Mill. auf 22.700 Mill. Dollar gestiegen, der Goldzufluss um 27 Mill. auf 27.979 Mill. Dollar.

### Die Auslands-Investierungen

Washington. Wie das Handelsministerium der USA mitteilt, haben im letzten Jahre amerikanische Staatsangehörige 744 Mill. Doll. im Ausland investiert, die höchste Summe seit 1932, als 1.000 Mill. Doll. für Investitionen im Ausland gingen. Der größte Teil des 1947 im Ausland angelegten Betrags wurde für Filialen und Niederlassungen amerikanischer Firmen im Ausland verwendet. An der Spitze stehen die Erdölgesellschaften,

### 15 1/2% Gehaltserhöhung für Angestellte im Bau- und Nebengewerbe

Hamburg. Zeichen den Bau- und Nebengewerks und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft ist jetzt eine Vereinbarung getroffen worden, nach der die Grundgehälter für kaufmännische und technische Angestellte im Bau- und Nebengewerbe um 15 1/2% erhöht werden. Die

## In dieser Nummer

- Rechtsicherheit für die Arbeit
- Preise deutscher Kraftfahrzeuge
- Generale an Ruhr und Rhein
- Unverarbeitete Ergebnisse der „Bisa“
- England im Marshallplan-Tempo
- Schweizer Dollar-Politik
- Umsiedlung im östlichen Export
- Wien: Gefahr einer inflationistischen Entwicklung

als in den drei Westzonen, der mit 75 Mrd. und der Hausratsbesitz, der mit 25 Mrd. DM gerechnet wird, nicht mit 5 Mrd. im Jahr belastet werden kann, „wenn nicht“, wie es in dem Plan heißt, „eine absolute Verengung auftritt“.

Wird man nun aber doch gerade ausweichen möchte, wenn auch aus einem Fall, das u. E. keinen Boden mehr hat, und doch schon etwas militärisch gegenüber diesem Fall geworden ist, auch man noch andere Einkommensquellen, so halten die Sachverständigen eine Kürzung der öffentlichen Haushalte und eine Herabsetzung des Volkseinkommens für den Lastenausgleich für erforderlich. Dieser Satz bedarf einer näheren Betrachtung. Wir setzen aber, daß die zugehörlichen Einkommen der öffentlichen Hand selbst bei erhöhter Einsparung nicht ausreichen, und daß die Lasten wachsen, an denen man nicht sparen kann. Mit einer Kürzung der öffentlichen Haushalte kann man nur eine selbstverfüllend, notwendige Herabsetzung der kommunalen Defizite erreichen — mehr nicht. Es würde außerdem den Sinn des Lastenausgleichs vollständig verfehlen, wenn man aus Steuermitteln hier Ausgaben machte. Das zweite Teil des Satzes ist vollends treffend, nämlich die Herabsetzung des Volkseinkommens. Abgesehen davon, daß der Lastenausgleich dem Sinne nach aus dem Vermögen erfolgen soll, ist gerade der Begriff des Volkseinkommens, eben weil er so vage ist, nicht geeignet, in die Diskussion einbezogen zu werden. Andererseits ist selbstverständlich, also eine besondere Belastung gar nicht bedürftig, daß der größte Teil eines solchen Lastenausgleichs aus dem Volkseinkommen, oder sagen wir genauer aus dem Einkommen der einzelnen Personen betragen werden wird, ganz gleich in welcher Form er erhoben wird. Jede als formalrechtlich als Vermögensverlust festgesetzte Belastung wird aus dem Einkommen bezahlt. So nicht also die Soforthilfe von 1. und 2. Stufe Abgabe auf alle Grund- und Betriebsvermögen aufgrund der Vermögensverlustveranlagung für 1946/2. Eine Hausratsabgabe, 3. eine Pflanz-, Währungs- und Geschäftsaufbaubabe, 4. einen Osterbeitrag von durchschnittlich 10 DM für Einkommensbezieher und 5. schließlich das unsere Lesern bereits bekannte Aufkommen aus dem Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich, Hypotheken usw. Jetzt haben wir den Bruttoertrag zusammen, den die Sachverständigen in Frankfurt gebildet haben. Wir setzen, um Draht zum Leiden zu nehmen, und nicht Papierchaus, in könnte weit werden und müde, wenn man die Steuern nicht hätte, die die mit dem weiter festgesetzten Belastung will man einer Wirtschaft machen, die sich anrichtet, in Depression zu gehen. Weiß man nicht, daß man damit diese Depression nur noch vertagt?

Wir haben mitunter den Eindruck, als hätte der Gesetzgeber manchmal stark hinter den Ereignissen her. Wir hätten schon Gelegenheit gehabt, Vorschläge auf dem Gebiete des Arbeitrechts bezüglich des Lohnstages, der Maßregeln, des Zustimmungsverfahrens, der Arbeitsverpflichtung und der Arbeitslosenversicherung zu machen, die nicht ungezügelt blieben. Man legen wir etwas weiteres Wünschenswertes vor, der, wie wir zuvor schon hofften, in näherer oder weiterer Zukunft erfüllt werden wird, und zwar schon deshalb, weil die Situation dies einfach dringender erforderlich macht.

Zunächst ein Wunsch, mit dessen Erfüllung wir allerdings selbst erst in weiter Zukunft rechnen, da sowohl die technischen wie die staatspolitischen Voraussetzungen hierfür noch nicht gegeben sind. Die Schaffung eines Gesetzgebungsrates der Arbeit. Der Gedanke ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten sind Bestrebungen im Gange, diesen Plan zu realisieren. Diese Bestrebungen fanden sogar eine Verwirklichung in Form von Entwürfen, die aber Entwurf blieben. Wir haben schon betont, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Realisierungsmöglichkeit noch nicht besteht. Das kann und darf aber nicht daran scheitern, schon jetzt mit den Vorarbeiten zu beginnen. Natürlich müßten diese Vorarbeiten innerhalb der einzelnen Länder mit Hilfe von Ausschüssen aufeinander abgestimmt werden. Denn für ein Länderarbeitsrecht wäre so wenig Raum wie für ein bürgerliches Recht, das in allen Staaten und Städten gelten sollte.

Man würde nun nicht ein, daß für solche Dinge zur Zeit kein Interesse vorhanden sei. Wenn heute überall, und zwar mit vollem Recht, behauptet wird, die Arbeitskraft sei unser wichtigstes und wertvollstes Gut, ist nicht einzuwenden, wenn nicht das Recht, das sich mit diesem Kapital befaßt, kultiviert werden sollte. Es wäre diese eine, wenn auch reichlich spät kommende staatliche Anerkennung eines Rechtsobjektes, das lange genug in lassen der Zerplitterungen mehr Unsicherheit als Beruhigung schenkt.

Damit und wir auch beim zweiten Grunde, der eine Sammlung — in vi-

# Rechtssicherheit für die Arbeit

Ein Gesetzbuch der Arbeit und andere Wünsche

den Fällen unter Neufassung — der einschlägigen Bestimmungen, notwendig weicht. Die zur Zeit bestehenden arbeitsrechtlichen Vorschriften finden sich nämlich — d. h. wenn man sie findet — außer in Hunderten von Tarifverträgen im Bürgerlichen Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, im Gewerbeordnung, im Jugendschutzgesetz, in der Gewerkschaftsgesetz, im Innendienstgesetz, in verschiedenen Berufsgesetzungen, der „verfallenen“ Landesgesetzgebung, die seit 30 Jahren besteht in den Arbeitskreisbestimmungen — ganz ohne weiteres ersichtbar. Es dürfte ohne weiteres schwer ist, sich in dieser unübersichtlichen Materie zurechtzufinden, namentlich in einer Zeit, da sich Änderungen und soziale Bestimmungen überschneiden. Derjenige, der um dessen Wohl und Wehe in den oben genannten Vorschriften geht, nämlich der Arbeiter und Angehörige, steht diesem Dschungel völlig hilflos gegenüber und gibt seine wichtigsten Versuche, in das Döckel einzutreten, bald und resigniert auf. Wir sind nun der Ansicht, daß es als große Beschränkung werden muß, Schutzbestimmungen aufzubauen, die den so schützenden Aufgabe ihrer Vielfalt und Aufgliederung gar nicht bekannt sein können!

Wir müssen ein Arbeitsrecht, das nur mit Hilfe von Spezialisten zusammengelesen und extrahiert werden kann, als nicht zum Halbe beschließen. Die einzige Lösung, die es hier gibt, ist die Schaffung eines klaren, übersichtlichen und juristisch verständlichen Arbeitsgesetzbuches, das sämtliche und ordnungsgemäße, heute so verteilte Materie enthält. Dabei wird aber auch notwendig werden, bestimmte allgemeine Teilbestimmungen, beispielsweise die Umschreibung des Begriffes „wichtiger Grund“ und eine Katalogisierung dieser Gründe, für alle Berufsgruppen einheitlich festzulegen. Außerdem müßten die Bestimmungen über Urlaub — es gibt ihn heute im deutschen Arbeitsrecht keinen gesetzlichen garantierten Urlaubanspruch, vom Jugendschutzgesetz abgesehen! — einheitlich zusammengefaßt und mit Rechtsanspruch ausgestattet werden. Dann wäre es endlich einmal möglich, aus

widersprechender Landesarbeitsgerichtsentscheidungen zu operieren. Ohne ein oberstes Gericht ist es unmöglich, eine Rechtsuniformität zu schaffen, die gerade für das Arbeitsrecht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Man sehe sich doch zur die Vielfalt der Entscheidungen an, die allein im Hinblick auf das Betriebsratsrecht ergingen, um einzusehen, daß hier ein Wandel absolut erforderlich

Nur so viel sei noch gesagt. Mit einer klaren Zusammenfassung der zur Zeit geltenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen wäre es natürlich nicht getan. Das Prinzip müßte eine Neuarrangierung der Gesetzgebung der Arbeit unter gleichzeitiger Vereinfachung der Rechtsnormen sein, ein Gesetzwerk, das ebenso der Mitarbeit der Fachleute wie der Vorschläge weiterer Kreise bedürfte. Drei Jahre hätten wir dazu schon Zeit. Soll es noch weiters drei Jahre dauern?

Doch zurück zur Gegenwart! Unter Wünschenswert ist im unbestimmten weise noch weitere Forderungen? Wo bleibt das Arbeitsrechtsgesetz in Südbaden? Warum haben wir im gleichen Land noch nicht das Betriebsratsgesetz? Das Fehlen beider Gesetze bringt eine Rechtsunsicherheit mit sich, die man nicht länger in Kauf nehmen kann. Vor allem wirkt sich der Mangel von Bestimmungen über eine Kündigungswiderrücklage gerade in dem Augenblick von Massenentlassungen im Angestelltenbereich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer störend aus.

Weiterhin: Wie lange soll noch die Kriegswirtschaftsverordnung für das Gebiet des Arbeitsrechts gelten? Mit einer teilweisen Aufhebung ist hier nichts gewonnen. Wir müssen auch hier klare Verhältnisse schaffen. Der Zug der Zeit, was ein Polizeistatut in normale rechtliche Verhältnisse zu kommen, gilt nicht nur für das Erwerbschaftswesen, sondern ganz allgemein, also insbesondere auch für den Arbeitsbereich.

Zum Schluß noch einen Wunsch: Die Schaffung eines obersten Gerichtes für Arbeitsrechtssachen! Ist es auf die Dauer unmöglich, mit einer Reihe vielfach sich

Das Herd- und Ofenindustrie der Doppeltzone, die im vergangenen Jahr bereits 400 000 Kohlenherde und 350 000 Ofen produziert und damit einen verhältnismäßig hohen Beschäftigungsstand erreicht hat, verzeichnet seit der Geldreform keine wesentliche Veränderung ihrer Beschäftigungslage. Die allgemeine erwartete Abmilderung ist nicht eingetreten, obwohl Herde und Ofen mit einem durchschnittlichen Lebenserwartungspreis von 200 DM immerhin größere Anschaffungsobjekte darstellen. Entsprechend sinkenden Preissteigerungen hat die Herd- und Ofenindustrie auch der Preissteigerung ihre Preise nicht erhöht und bereitet weiter zu den mit der Verwaltung für Wirtschaft abgestimmten Preisen und Rabatten. Da zum Zeitpunkt der Geldreform weiter beim Handel noch bei der Industrie große Lagerbestände vorhanden waren und die Nachfrage seitdem gut entwickelte, muß der Handel bei Bestellungen der Industrie wieder mit Lieferzeiten von einigen Wochen, zum Teil sogar mit einigen Monaten rechnen. Zu Betriebsbeschränkungen ist es in der Herd- und Ofenindustrie nicht gekommen, so daß Einflüsse von Arbeitskräften nicht erfolgt sind. Man rechnet für die nächsten Monate mit einem steigenden Produktionsniveau.

Nachdem die Herd- und Ofenindustrie in den beiden ersten Jahren nach dem Kriege im Hinblick auf den Material- und Kohlenmangel fast ausschließlich einfache Typen, sogenannte Einheitsmodelle, Kochherde und -rösten hergestellt hat, die für die Deckung des dringlichsten Bedarfs bestimmt waren, war die Industrie schon im vergangenen Jahr zur Produktion friedensmäßiger Ausführungen übergegangen. Auf den Frühjahrsmessen dieses Jahres wurden wieder qualitativ hochwertige Geräte ausgestellt, die allen Ansprüchen genügen. Herde und Ofen werden fast allgemein wieder in emailleierter Ausführung geliefert. Verschiedene Firmen haben Neukonstruktionen entwickelt, die wirtschaftlich als Höchstmaß an Leistungsmöglichkeiten die Herd- und Ofenindustrie hatte sich damit auf die Geldreform vorbereitet.

Auf Grund der allgemeinen Mangel-lage des letzten Jahres hat eine Vielzahl von artifizierten Betrieben bei der Herstellung von Herden und Ofen aufgegeben, wobei es sich meistens um primitive Ausführungen handelte. Nachdem die Geldreform dem Absatz dieserartiger Betriebsgeräte ein Ende bereitet hat, dürfte diese ungenutzte Kapazität wieder in den Füllstand kommen. Vor allem haben in Süddeutschland auch dem Kriege zahlreiche Firmen die Herstellung von Herden und Ofen aufgenommen. Vor dem Kriege waren in Bayern nur neun Herdfabriken bekannt, während

Die Preise der deutschen Kraftfahrzeuge haben in den vergangenen Monaten durch die Erhöhung der Stahl- und Kohlenpreise fast durchweg ebenfalls eine bedeutende Steigerung erfahren. Sofern diesbezüglich durch die Durchführung der Währungsreform und Aufhebung der Bewirtschaftung beschränkung freigelegt sind, werden sie nachstehend aufgeführt. Über ihre Güteigenschaften kann noch nichts gesagt werden, sie können sich jederzeit verändern.

Anfang August 1948 kosten:

Motorräder	Personenwagen	Lastkraftwagen
Viktoria, Motorrad	170-V, 1,7 l.	Gutbrod, Hoch 204, 6,75-t-Lief.-W.
NSU, Quik, 125 cm	Opel Olympia, 1,3 l.	Tempo-Destrud, 12,5 PS, 6,50-t-Lief.-W.
NSU, Zünd 125, 125 cm	Volkswagen, Typ 11, 1,1 l.	Hochleistungs-Großraumtransporter
Hedder, 5125, 125 cm	4-tach. bereit, ** Export 480 D-Mark	Tiefenläufe Großraumtransporter
Tuxana, 6125, 125 cm	4-tach. bereit, ** Export 480 D-Mark	Tiefenläufe Stahlblechtransporter
Zündapp, DB 200, 200 cm		Kastenwagen I, 184 x 120 x 94 cm
		Kastenwagen II, 190 x 120 x 94 cm
		* Kleinste Preise für 4-tach. bew. Fahrzeuge incl. Mitführung eines bew. Kraftfahrers
Preissteigerungen		
Bilz, 1,6-t-Fahrgestell, DM 6700*		
Bilz, 1,6-t-Fahrgestell, m. Fahrerb., DM 7800*		
Bilz, 1,6-t-Prüfdenwagen, DM 6400*		
Bilz, 1,6-t-Prüfdenwagen, m. Spring, DM 6011*		
* Samtliche Fahrzeuge 1-tach. bew.		
Daimler-Benz		
120-V, 0,75-t-Kastenwagen, DM 3300*		
120-V, 0,75-t-Prüfdenwagen, DM 3700*		
120-V, Kastenwagen, DM 3600*		
LKW, 3-t-Nutzlast, Benzol, DM 12 300*		
LKW, 4,5-t-Nutzlast, Diesel, DM 15 200*		
* 4-tach. bew. ** 2-tach. bew. *** 1-tach. bew.		

ist. Darüber sind sich wohl alle Arbeitsnehmer einig.  
Dabei wollen wir unseren Wunsch, soweit möglich, erfüllt zu werden, nicht ohne zu erwidern, daß wir Hoffnungen auf Erfüllung haben, so weit dies im Moment überhaupt möglich ist. Das ist möglich, wenn es alles was mit der erforderlichen Energie begangen und statlicher weiter verfolgt wird!

## Gut gehaltene Ofenindustrie

Unveränderter Auftragsbestand — Günstige Aussichten

Die Herd- und Ofenindustrie der Doppeltzone, die im vergangenen Jahr bereits 400 000 Kohlenherde und 350 000 Ofen produziert und damit einen verhältnismäßig hohen Beschäftigungsstand erreicht hat, verzeichnet seit der Geldreform keine wesentliche Veränderung ihrer Beschäftigungslage. Die allgemeine erwartete Abmilderung ist nicht eingetreten, obwohl Herde und Ofen mit einem durchschnittlichen Lebenserwartungspreis von 200 DM immerhin größere Anschaffungsobjekte darstellen. Entsprechend sinkenden Preissteigerungen hat die Herd- und Ofenindustrie auch der Preissteigerung ihre Preise nicht erhöht und bereitet weiter zu den mit der Verwaltung für Wirtschaft abgestimmten Preisen und Rabatten. Da zum Zeitpunkt der Geldreform weiter beim Handel noch bei der Industrie große Lagerbestände vorhanden waren und die Nachfrage seitdem gut entwickelte, muß der Handel bei Bestellungen der Industrie wieder mit Lieferzeiten von einigen Wochen, zum Teil sogar mit einigen Monaten rechnen. Zu Betriebsbeschränkungen ist es in der Herd- und Ofenindustrie nicht gekommen, so daß Einflüsse von Arbeitskräften nicht erfolgt sind. Man rechnet für die nächsten Monate mit einem steigenden Produktionsniveau.

Nachdem die Herd- und Ofenindustrie in den beiden ersten Jahren nach dem Kriege im Hinblick auf den Material- und Kohlenmangel fast ausschließlich einfache Typen, sogenannte Einheitsmodelle, Kochherde und -rösten hergestellt hat, die für die Deckung des dringlichsten Bedarfs bestimmt waren, war die Industrie schon im vergangenen Jahr zur Produktion friedensmäßiger Ausführungen übergegangen. Auf den Frühjahrsmessen dieses Jahres wurden wieder qualitativ hochwertige Geräte ausgestellt, die allen Ansprüchen genügen. Herde und Ofen werden fast allgemein wieder in emailleierter Ausführung geliefert. Verschiedene Firmen haben Neukonstruktionen entwickelt, die wirtschaftlich als Höchstmaß an Leistungsmöglichkeiten die Herd- und Ofenindustrie hatte sich damit auf die Geldreform vorbereitet.

Auf Grund der allgemeinen Mangel-lage des letzten Jahres hat eine Vielzahl von artifizierten Betrieben bei der Herstellung von Herden und Ofen aufgegeben, wobei es sich meistens um primitive Ausführungen handelte. Nachdem die Geldreform dem Absatz dieserartiger Betriebsgeräte ein Ende bereitet hat, dürfte diese ungenutzte Kapazität wieder in den Füllstand kommen. Vor allem haben in Süddeutschland auch dem Kriege zahlreiche Firmen die Herstellung von Herden und Ofen aufgenommen. Vor dem Kriege waren in Bayern nur neun Herdfabriken bekannt, während

Die Preise der deutschen Kraftfahrzeuge haben in den vergangenen Monaten durch die Erhöhung der Stahl- und Kohlenpreise fast durchweg ebenfalls eine bedeutende Steigerung erfahren. Sofern diesbezüglich durch die Durchführung der Währungsreform und Aufhebung der Bewirtschaftung beschränkung freigelegt sind, werden sie nachstehend aufgeführt. Über ihre Güteigenschaften kann noch nichts gesagt werden, sie können sich jederzeit verändern.

Anfang August 1948 kosten:

Motorräder	Personenwagen	Lastkraftwagen
Viktoria, Motorrad	170-V, 1,7 l.	Gutbrod, Hoch 204, 6,75-t-Lief.-W.
NSU, Quik, 125 cm	Opel Olympia, 1,3 l.	Tempo-Destrud, 12,5 PS, 6,50-t-Lief.-W.
NSU, Zünd 125, 125 cm	Volkswagen, Typ 11, 1,1 l.	Hochleistungs-Großraumtransporter
Hedder, 5125, 125 cm	4-tach. bereit, ** Export 480 D-Mark	Tiefenläufe Großraumtransporter
Tuxana, 6125, 125 cm	4-tach. bereit, ** Export 480 D-Mark	Tiefenläufe Stahlblechtransporter
Zündapp, DB 200, 200 cm		Kastenwagen I, 184 x 120 x 94 cm
		Kastenwagen II, 190 x 120 x 94 cm
		* Kleinste Preise für 4-tach. bew. Fahrzeuge incl. Mitführung eines bew. Kraftfahrers
Preissteigerungen		
Bilz, 1,6-t-Fahrgestell, DM 6700*		
Bilz, 1,6-t-Fahrgestell, m. Fahrerb., DM 7800*		
Bilz, 1,6-t-Prüfdenwagen, DM 6400*		
Bilz, 1,6-t-Prüfdenwagen, m. Spring, DM 6011*		
* Samtliche Fahrzeuge 1-tach. bew.		
Daimler-Benz		
120-V, 0,75-t-Kastenwagen, DM 3300*		
120-V, 0,75-t-Prüfdenwagen, DM 3700*		
120-V, Kastenwagen, DM 3600*		
LKW, 3-t-Nutzlast, Benzol, DM 12 300*		
LKW, 4,5-t-Nutzlast, Diesel, DM 15 200*		
* 4-tach. bew. ** 2-tach. bew. *** 1-tach. bew.		

# Potemkinsche Erze

Man würde nun nicht ein, daß für solche Dinge zur Zeit kein Interesse vorhanden sei. Wenn heute überall, und zwar mit vollem Recht, behauptet wird, die Arbeitskraft sei unser wichtigstes und wertvollstes Gut, ist nicht einzuwenden, wenn nicht das Recht, das sich mit diesem Kapital befaßt, kultiviert werden sollte. Es wäre diese eine, wenn auch reichlich spät kommende staatliche Anerkennung eines Rechtsobjektes, das lange genug in lassen der Zerplitterungen mehr Unsicherheit als Beruhigung schenkt.

Wir haben mitunter den Eindruck, als hätte der Gesetzgeber manchmal stark hinter den Ereignissen her. Wir hätten schon Gelegenheit gehabt, Vorschläge auf dem Gebiete des Arbeitrechts bezüglich des Lohnstages, der Maßregeln, des Zustimmungsverfahrens, der Arbeitsverpflichtung und der Arbeitslosenversicherung zu machen, die nicht ungezügelt blieben. Man legen wir etwas weiteres Wünschenswertes vor, der, wie wir zuvor schon hofften, in näherer oder weiterer Zukunft erfüllt werden wird, und zwar schon deshalb, weil die Situation dies einfach dringender erforderlich macht.

Zunächst ein Wunsch, mit dessen Erfüllung wir allerdings selbst erst in weiter Zukunft rechnen, da sowohl die technischen wie die staatspolitischen Voraussetzungen hierfür noch nicht gegeben sind. Die Schaffung eines Gesetzgebungsrates der Arbeit. Der Gedanke ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten sind Bestrebungen im Gange, diesen Plan zu realisieren. Diese Bestrebungen fanden sogar eine Verwirklichung in Form von Entwürfen, die aber Entwurf blieben. Wir haben schon betont, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Realisierungsmöglichkeit noch nicht besteht. Das kann und darf aber nicht daran scheitern, schon jetzt mit den Vorarbeiten zu beginnen. Natürlich müßten diese Vorarbeiten innerhalb der einzelnen Länder mit Hilfe von Ausschüssen aufeinander abgestimmt werden. Denn für ein Länderarbeitsrecht wäre so wenig Raum wie für ein bürgerliches Recht, das in allen Staaten und Städten gelten sollte.

Man würde nun nicht ein, daß für solche Dinge zur Zeit kein Interesse vorhanden sei. Wenn heute überall, und zwar mit vollem Recht, behauptet wird, die Arbeitskraft sei unser wichtigstes und wertvollstes Gut, ist nicht einzuwenden, wenn nicht das Recht, das sich mit diesem Kapital befaßt, kultiviert werden sollte. Es wäre diese eine, wenn auch reichlich spät kommende staatliche Anerkennung eines Rechtsobjektes, das lange genug in lassen der Zerplitterungen mehr Unsicherheit als Beruhigung schenkt.

Damit und wir auch beim zweiten Grunde, der eine Sammlung — in vi-

Zinngrube von Ehrenfriedersdorf berichtet, auf der mit einer Belegschaft von 130 Mann im zweiten Halbjahr 100 t Unglück gefördert werden sollen, eine Menge, die sich 1948/50 verdoppeln soll, so ist dazu zu sagen, daß im Sachverhalt Ergänzungen im 15. und 16. Jahrhundert die für damalige Verhältnisse ständige Zinnbergbau betrieben wurde, daß aber die Vorkommen nach Dr. Friedensburg schon längst „im wesentlichen“ zum Erliegen gekommen sind. Selbst die Metallfunde sind jetzt, wie die Bergwerke in einem Maße, daß man diese Bergwerke ständige, die Kockkurve reicher überseeischer Vorkommen nach der Jahrhundertwende ließ den Betrieb auf vielen deutschen Vorkommen als unrentabel erscheinen.

Wenn das Dritte Reich im Interesse des besiedelnden Krieges auch dem Versuch unternommen hat, eine Rathe dieser alten Gruben erneut zum Leben zu erwecken, so spielten aus den erwähnten Gründen die Kosten nicht die ausschlaggebende Rolle, und außerdem sah man bald die Notwendigkeit dieses Versuchs in den meisten Fällen ein.

Wenn jetzt die „Freie Presse“ Zweifel über die Wiedererlernensnahme der

beschäftigung scheint uns nicht zu hoch, denn sie bedeutet, daß pro Kopf der Bevölkerung 8,40 DM ausgegeben wird. Berücksichtigen wir, daß die meisten Frauen und die Kinder nicht rauchen, an klime man auf einen Tabakwarenverbrauch des Rauchers von etwa 20 DM im Monat. Das dürfte, wie gesagt, nicht zu hoch geschätzt sein.

Wir haben den Tabak als Beispiel genommen. Man wir die Steuermöglichkeiten ab 1. September vermehrt in Kraft setzen und nun sehen, ob man an das Optimum herankommt. Es wäre gut, gleichzeitig auch die Bewirtschaftung für Tabak aufzuheben, um noch kleinere Verhältnisse auf dem Markt zu haben. Das Aufkommen wird manchen als niedrig erscheinen. Aber es ist sicher, daß dieses vom Verwaltungsrat berechnete Aufkommen wirklich erzielbar ist, dagegen wäre mit den bisher geltenden Steuersätzen auf keinen Fall dieses Aufkommen erreichbar gewesen.

Das ist der Kern, auf den wir kommen wollten. Man wird jetzt in den nächsten Monaten bald feststellen, daß auch das optimale Aufkommen an Steuern nicht reichen wird, um die Staatskasse zu bringen. Auch schärfere Einparnungen in personeller und sachlicher Hinsicht können dies nicht ändern, sondern nur mildern. Wir werden in den Behörden stehen und je mehr wir sparen, um so besser können wir sparen. daß wir nicht auskommen können. Wenn wir etwa in einem halben Jahr beweisen können, daß wir das Optimum des Steuerertrages gefunden und die Ausgaben auf die österreichische Grenze gebracht haben, dann ist der Weg frei, insonderheit die Aufgaben und damit die Ausgaben des Staates neu zu diskutieren und mit den Bestenwünschen über ihre Kosten zu verhandeln. Dann ist eine klare und klare Grundlage gegeben, die die Kraft hat, jeden Einzeligen zu überzeugen.

IV Ergänzung unseres Aufsatzes „Strategische Rohstoffe“ in Nr. 33 bringen wir heute.

Gegenwärtig wird von der östlich benachteiligten Preise im Zusammenhang mit dem Zollverfahren, die die Grenze (siehe unsere Nr. 34) immer wieder darauf hingewiesen, daß der Rohstoffmangel eines der brennendsten Probleme für die Erfüllung des Planes sei, und daß auf die Lösung des „Eisen- und Metallproblems“ das größte Augenmerk gerichtet werden müsse. Man hofft die Lösung offenbar näher zu kommen, indem man einem Propagandafeld allergrößten Ausmaßes für die Wiederübernahme aller, teilweise seit vielen Jahrzehnten stillgelegter Schmelze im Harz und an anderen Orten Ostdeutschlands gestartet hat. In wertvollen Artikeln wird die Inbetriebnahme immer neuer Schmelze gemeldet, freilich muß in diesen Artikeln auch immer wieder zugegeben werden, daß die geförderten Mengen unbedeutend sind, daß es an Hilfsmaterialien fehlt, daß die Bergleute unter den schwierigsten Umständen arbeiten müssen usw.

Es ist an der Zeit, die Bedeutung dieser potemkinschen Erze auf das richtige

an, daß der Wirtschaftsmann diese ihm von Verwaltungen der Länder unterbreiteten Vorschläge annehmen wird. Wichtig ist zu wissen: 1. Die Tatsache, daß sich die Illusionen von Optimismus der Beschaffung durchgesetzt hat und 2. was wird tatsächlich einkommen. Bei der Betrachtung des Punktes 1 erscheint es uns wichtig, lobend darauf hinzuweisen, daß man in der Finanzverwaltung die Luxussteuer abgelehnt hat, obwohl man doch weiß, daß gerade sie sich sehr leicht in den Parlamenten durchsetzen läßt. Neben für eine Luxussteuer sind billig und Volontäre der Politik können dort, ohne sich groß zu überanstrengen, schnell Sporen verdienen. Wirtschaftlich und vom Standpunkt des Steuerzahlers gesehen haben sich die Luxussteuern immer als ein Schuß nach hinten erwiesen. Darum ist man also in der Finanzverwaltung abzukommen und erweist nun eine differenzierte Umsatzsteuerung nach dem Muster der östlichen „Pechste“? So leicht wird auch dies nicht sein. Insbesondere scheitern auch Gedanken über die Abschaffung zu machen, aber auch die Erlassung scheint nicht so leicht, wie man sie durch die Geldreform vermehrt hat. Die Finanzverwaltung stellt nämlich fest, daß auch jetzt noch die Steuerertragskraft sehr zu wünschen übrig läßt. Das beeinträchtigt selbstverständlich die Berechnungsgrundlage für das Optimum. Da wir aber noch anders, in der Wirkung noch größere Unsicherheitsfaktoren in dieser Beziehung haben, werden wir uns vorläufig damit abzufinden haben.

Die folgenden Berechnungen des Volkseinkommens sind also mit Vorsicht anzusehen. Man rechnet mit einem Tabakwarenverbrauch von 2,26 Mrd. DM für die Zeit vom 1. September 1948 bis 31. März 1949, wenn man die neuen Steuersätze anwendet. In dieser Zeit würde dann der Steuerertrag etwa 1,3 Mrd. DM aus Tabak ertragen. Die Ver-

Es ist bekannt, daß die Steuern für Tabak, Branntwein und Bier senkt werden, daß man den Kaffeeertrag von 30 auf 10 DM erniedrigt, um für den Konsumtragbare Preise zu erreichen. Der Schwerpunkt des Zigarettenpreises würde dann bei 10 Pfennig liegen und bei Zigaretten von 30 Pf. herum. Das Pfund Kaffee würde dann zwischen 11 und 12 Mark kosten. Alles das soll aber hier in einschließen nicht interessieren. Wir sehen

Es ist bekannt, daß die Steuern für Tabak, Branntwein und Bier senkt werden, daß man den Kaffeeertrag von 30 auf 10 DM erniedrigt, um für den Konsumtragbare Preise zu erreichen. Der Schwerpunkt des Zigarettenpreises würde dann bei 10 Pfennig liegen und bei Zigaretten von 30 Pf. herum. Das Pfund Kaffee würde dann zwischen 11 und 12 Mark kosten. Alles das soll aber hier in einschließen nicht interessieren. Wir sehen

Es ist bekannt, daß die Steuern für Tabak, Branntwein und Bier senkt werden, daß man den Kaffeeertrag von 30 auf 10 DM erniedrigt, um für den Konsumtragbare Preise zu erreichen. Der Schwerpunkt des Zigarettenpreises würde dann bei 10 Pfennig liegen und bei Zigaretten von 30 Pf. herum. Das Pfund Kaffee würde dann zwischen 11 und 12 Mark kosten. Alles das soll aber hier in einschließen nicht interessieren. Wir sehen



# Wir greifen auf:

## Vor einer Brotpreiserrhöhung

Wir berichten in der vorigen Nummer über einen Erlass der Militärregierungen in der Doppelzone, die Alumnungsmaße für Brotgetreide festzusetzen. Danach beträgt die Quote für Weizen in Zukunft 82 %, gegen bisher 80 und für Roggen 93 %, gegen bisher 85. Bei Weizen würde damit im Brotmehl eine Qualität erreicht werden, die einvernehmlich erträglich ist, und man sollte auch in Roggen auf diese Quote kommen. 88 %, Ausmahlung entspricht etwa der bekannten Zahl 1930, die auf den Außenmarkt berechnet ist. Man kann verstehen, daß jetzt an diese Herabsetzung der Alumnungsquoten Herangegangen wurde: Die deutsche Brotmehl wird zwar nicht besonders gut werden, aber es reicht sowieso nicht für den eigenen Bedarf, andererseits sind die Ermittelungen aus der ganzen Welt, wie unsere Leser aus den Warenmarktberichten wissen, so gut, daß eine Knappheit an Brotgetreide nicht aufzutreten braucht. Es kommt hinzu, daß die damit in erhöhter Menge ankommende Klein- und wieder Fett und Fleisch liefert.

Nun sind aber die Müller auf den Plan getreten und haben Preisforderungen angemeldet. Es ist wohl richtig, daß der Müller bei hoher Ausmahlung besser fährt, weil er einen höheren Anteil als Mehl verkaufen kann, und er schließlich auch einen höheren Preis bekommt als für Kleinfut. Die Müllerei liegt in der Doppelzone für Getreide bei 213 DM für Weizen bei 20 und für Roggen bei 26 DM für den Doppelpennig, für die Kleinfut aber nur bei etwa 10 DM.

Es kommt also nun darauf an, wer soll die notwendige Preissteigerung tragen? Die Müller behaupten, sie können mit dem Preis nicht aus, und die Bäcker sind schon lange in einer sehr schweren Notlage. Die starke Erhöhung der Kohlenpreise, die Steigerung der Metallpreise und viele andere haben die Verdienstpänne des Bäckerswerks immer wieder reduziert. Es scheint uns, daß — wenn überhaupt bei diesen beiden Kontrahenten — dann nur bei den Müllern noch gewisse Ausweichmöglichkeiten vorhanden sind, die auszunutzen wären, damit der Konsument nicht die ganze Belastung trägt.

Man wird also damit rechnen müssen, daß der Brotpreis erhöht wird. Dafür bekommt der Konsument aber auch ein wesentlich besseres Mehl als bisher. Die Verhandlungen sind noch im Gange, und somit wird erfahren können, wie sich die Mehlpreiserhöhung um drei Pfennige für das 1-kg-Brot heraus bewegen.

## Hurra — die Fahnen!

Wo sich mehrere Deutsche treffen, gründet sie einen Verein, wählen einen Präsidenten und scheideten aus Fahnen, ein wenig überredet, wird es mit in beipflichtet. Man könnte es fast wörtlich schreiben, wenn man hat, daß in Nürnberg E. B. wieder 1000 Vereine tätig sind — „das Zeitalter des ästhetischen Widerstandswillens“. Entweder einen Präsidenten, einen Verein, und eine Fahne unter, viele Präsidenten, viele Vereine und viele Fahnen, wobei man aus Erfahrung sagen kann, daß es sich im letzten Falle keineswegs um den Ausdruck der starken Individualität handelt. Man kann sich also leicht vorstellen, wieviel auf diese Vereine sind. Da wir es aber einen Notwendigkeit und einen rechtlich berichteten Bismarck-Verein geben, einen katholischen und einen evangelischen, einen bayrischen und einen allgemeinen etc.

Dieser Neigung zur Vielfalt kam nun offenbar auch entgegen, als man gestrichelt 116 Minister und fast ein Dutzend Ministerpräsidenten antworten zu lassen, die alle ihre Fahnen hochhalten wollen, und deshalb haben wir auch 8 deutsche „Nationalflaggen“, die nun auf der St. Erka-Messe in Stockholm hoch auf die Wiede führen. Den fremden Kläuter auf diese schwedischen Messe heißt es weniger, denn diese bemerkt es, erst nach Abschluß eines 400. Ufervertrages, daß es ein letztes Mal nicht mit einem der betreffenden 8 deutschen Länder zu tun hat, sondern mit drei Tönen, die in einer überauslichen Währung fakturieren.

## Anreiz — ohne Reis

Zwischen der amtlichen Preispolitik gegenüber der Industrie einerseits und der Landwirtschaft andererseits hat es von jeher in Deutschland starke Differenzen gegeben. Heute ist es wieder so. Man geht mittlerweile von verschiedenen Grundansätzen aus. Dafür einen Beweis.

Ministerialdirektor Bölow von der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft sollte fest, daß um der Ankündigung der Kartoffelerhöhung die Anbaufläche für Hackfrüchte sich um fast 200.000 ha vermindert habe und sagte dazu wörtlich: „Diese Preispolitik fordert zwar Opfer von Verbrauchern, ihre aber der Produktion einen Anreiz und erspart der Bevölkerung die kostspieligen Hungerfahrten.“

Jetzt wieder man einmal diesen Grundansatz auf die Industrie an. Wenn heute ein Wirtschaftsmittler sagen würde, wie wichtig die Preise für eine bestimmte Gruppe von Industrieprodukten erhöhen, um den Produzenten einen Anreiz zu geben und den Handel kostspielige Fahrten zur Erlangung dieser Güter zu ersparen, dann würde er wahrscheinlich sehr schnell seine Ansicht entziehen werden. Und trotzdem: Was dem Bäcker als Produzenten recht

# Aus der deutschen Wirtschaft

## Französische Zone

In Berlin-Wilmers, Bernauer Straße, ist in einjähriger Aufzucht ein neuer Industriebetrieb, die Quarzglas G.m.b.H., errichtet worden. Er wird jetzt die Produktion und den Vertrieb von Quarzglas und Quarzglas — Quarzglas und Quarzglas — aufweisen. Das Produktionsprogramm umfaßt die Herstellung von geogenen und geformten Rohren, Laboratoriumsgeräten, Konzentrationen, Gefäße aller Art und sonstige Geräte aus reinem, geschmolzenem Quarz.

Als Lieferungen für die französische Zone zur Aufstockung des Viehhaltungsstandes sind 9000 Stück aus der Doppelzone vorgesehen.

Im Zuge der Dekartellisierung in der französischen Zone sind alle Vermögenswerte, Rechte und sonstige Interessen der Maschinenfabrikwerke AG, Düsseldorf, in der französischen Besatzungszone, besonders die Fabrik, Maschinenfabrik in Eltingen a. Rhein, durch eine Verordnung des General-Königs vom 12. August 1948 unter Verwaltung gestellt worden. Das gleiche wurde für Vermögenswerte, Rechte und sonstige Interessen der Gesellschaft Chemische Maschinen- und Dampferwerke AG, Mülheim a. Rhein, besonders für ihre Fabriken in Bendorf a. Rhein und Biersheim, Untereisenstraße, sowie für die Elgaschinenfabrik von Hans Neuberger in Trier und Beintama in Baden-Baden angeordnet.

Die Land Rheinland-Pfalz will eine neue Anlage von 10 Mill. DM-Mark auflegen. Die neuen Landeswasserwerken sollen bei einer Leistung von 25 bzw. 21% eine Laufzeit von 6 bzw. 8 Monaten haben. Man rechnet damit, daß vor allem Bache und größere Flüssen die Aufwände übernommen werden.

Auf 100 Arbeitsbeschäftigte entfallen in Baden heute 14 Arbeitslose gegenüber 14 vor der Geldreform. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich nur leicht von 3100

auf 4200 erhöht. Im Juli 1948 vermittelte das Landesarbeitsamt Baden als höchstes Monatsergebnis seit 1945 über 11 000 Stellen.

Die bad. Landwirtschaft bringt die Mittel zur Beschäftigung fremder Kräfte schwer auf, sie sucht jüngeres und billigeres Personal. Die Nachfrage nach Arbeitskräften läßt trotz der Ernte aufblühen, weil seitliche Kleintauern ziehen gewöhnlich Arbeit vor, da sie besser entlohnt wird als die landwirtschaftliche. In der Forstwirtschaft beträgt die Waldarbeit kleinen Landwirten wieder willkommenes Nebenverdienst.

Der badische Tabakindustrie wurde die Ausschaltung von Kararbeitsunterstützung unterzogen. Die Arbeitsverwaltung ist der Auffassung, daß die Mittel aus der Arbeitslosenunterstützung zu Streueinkaufen benutzt wurden.

Die Verengung der badischen Textilindustrie mit Rohmaterial ist zufriedenstellend. Die Zahl der offenen Stellen hat sich erhöht. Die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte bedingt die Grenze der gegenwärtigen Produktionsfähigkeit. Absatzrisiko sind nicht vorhanden.

Die badische Torfverwertungs-Gesellschaft in Elmberg bereitet seit monatlich 200 bis 300 t Brennstoff ab. Der Abtransport wird durch ungenutzte Wasserverbindungen gebremst.

Die schweizerische Fabrik, Nisthamer & Co. in Mung und die Maschinenfabrik Gebrüder Winkelhütler in Altschulden mußten schließen, da sie nach der Geldreform infolge früherer Maschinenkäufe nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

In Gauh am Rhein wurde das Fabrikwerk der Metallwarenfabrik „Schweiß-Modell GmbH.“ gegründet. Das Unternehmen, das mit modernen Maschinen ausgerüstet ist, stellt aus Kunststoffen Türdrücker, Kugelschlüssel und u. a. Elektromaterial her.

Stügerländer Erze Grube „Elisabeth“ wurden, nachdem die Erze als erschöpft angesehen werden, außer Förderung gestellt. Gewonnen wurde in der Grube in der Hauptsache Manganerze.

Die „Leerlich-Werke“ in Leer haben die Herstellung von magnetischen Aufzeichnungsträgern wieder aufnehmen lassen. Größere Abschüsse setzen die Firma in die Lage, die Produktion voll aufzunehmen. Die Platten werden in früherer Qualität, in geschlossener Ausführung gefertigt und geliefert.

Die bisher im Netzprogramm hergestellten ameisengebundenen Fußbodenplatten sind nicht mehr geliefert. Der Beschäftigungsgrad, der Anfang 1948 nur 10% des Jahres 1938 betrug, konnte nach der ersten Magnet-Anlieferung auf 40% gesteigert werden.

Die Baubeschläge- und Klebstoffwerke

fabrik Wilhelm Birker, Wuppertal-Cronenberg, stellt in ihrem Produktionswerk Baubeschläge her. Im Rahmen der Rohmaterialerzeugung ist die Fertigung von Langhölzern in Längen von 900-1000 mm mit Haken zum Aufschrauben und die dazu passenden Kreuzhaken in verschiedenen Längen und schweren Gelenkverbindungen aufgenommen.

Nach Mitteilung des Verbandes Dortmunder Brauereien ist zum Herbst zu erwarten, daß die langerechte Vollbierherstellung mit einer Übergangzeit für etwas leichteres Bier zu erwarten. Das jetzige in Verbindung mit der Bier- und Bierpreisermäßigung am 1. Juli auf dem Markt erschienene Leichtbier hat sich als ein vollkommener Mißerfolg erwiesen, da es schon wegen der Kopplung mit der Brotmarke und auch aus anderen Gründen vom Konsum abgelehnt wurde.

## Amerikanische Zone

Eine „Arbeitsgemeinschaft zur Beobachtung des Marktwirtschafts“ ist in Württemberg-Baden gegründet worden. Die Arbeitsgemeinschaft, die Vertreter aller Kreise von Kreuzger bis zum Verbraucher umschließt, soll durch eine gewisse Lenkung der wirtschaftlichen Preisbildung auf dem Gebiet des Obst- und Gemüsehandels Einhalt gebieten. Aus der Arbeitsgemeinschaft soll sich später eine Marktgemeinschaft entwickeln.

Die auch Bayern in Haushalten beliebt ist nach Angaben der Abteilung Handel und Industrie des Zweimarktskontrollrats im Steigen begriffen und wird wahrscheinlich das Exportvolumen von 8 Mill. Dollar für 1948 überschreiten. Im Juli allein wurden von Bayern Haushaltporzellane im Wert von über 675 Mill. Dollar ausgeführt. Die Arbeitelieferung der Porzellanfabriken ist seit der Geldreform wesentlich gestiegen und man nimmt an, daß sie die Produktion weiterhin auf der gegenwärtigen Höhe hält. 32 Porzellanfabriken arbeiten in Bayern für den Export. Die Kapazität der Betriebe wird trotz der Produktionssteigerung bisher nur zu 50% ausgenutzt.

Der Kauf von 15 000 bis 14 000 Tonnen Magnetit, größtenteils österreichischen Ursprungs, im Gesamtwert von über 16 Mill. Dollar, wurde am Donnerstag von der JETA beantragt. Die Lieferung des Erzes soll im Oktober des laufenden Jahres beginnen und am 30. Juni des kommenden Jahres abgeschlossen sein.

Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Flüchtlinge und Flüchtlingsbetriebe soll in Kempen die Gründung eines wirtschaftlichen Verbandes der Flüchtlinge erfolgen. Die Wirtschaftliche GmbH, Mitzschen, hat eine Interessengemeinschaft der Flüchtlinge ins Leben gerufen, der bereits mehrere hundert Unternehmen angehören. Ziel und Aufgabe dieser Interessengemeinschaft ist Erhaltung und Förderung der Produktion und des Absatzes durch gemeinsame Planungen, Waren- und Kreditverleihen und Vertretung bei den Behörden. Die Wirtschaftliche GmbH, in München verfügt über 22 Geschäftsbüros und Niederstellen in 45 Verteilungen in allen wichtigen Städten und Industriestätten Bayerns. — Ebenso wird in München in Kürze eine Verkaufsstelle für

Versehen- und Flüchtlingsbetriebe eröffnet. Vorerst wurde eine Maschinenbau eröffnet.

Der Umschlag des Main-Schiffverkehrs erhöhte sich im Juli gegenüber dem Vormonat um 24% auf 306 211 t.

In Bayern müssen alle Eigentümer von Produktionsmitteln nach einer Verordnung des bayerischen Wirtschaftsministeriums ihre Bestände melden. Hierdurch sollen alle nicht ausgenutzten Produktionsmittel erfasst werden, um den durch die Demontage geschädigten Betrieben nach Möglichkeit die abgegebenen Maschinen ersetzen zu können. Die Überlassung der Maschinen erfolgt in der Regel mietweise.

Die AEG errichtet auf dem Gelände der Junkers-Werke in Kassel-Bettenhausen eine Fabrik, die bei voller Kapazität tausend Arbeiter beschäftigen kann. Das neue Werk der AEG wird Geräte für die Energieversorgung herstellen und verfertigt verschiedene Betriebe der AEG, die in den Westzonen provisorisch untergebracht sind, aufnehmen.

Das Kamera- und Foto-Adax in Wiesbaden wurde als erstes Objekt, das einem amerikanischen Bestatter zwangsweise abgetreten wurde, zurücküberlassen. Einer der früheren Besitzer der Wiesbadener Kamerafirma Gebr. Wirtgen hat nach einem Bericht der amerikanischen Militärregierung nachgewiesen, daß die Firma 1939 nur unter dem von nationalsozialistischer Seite ausgehenden Druck an den letzten Eigentümer, Dr. Karl Schlemmer, verkauft worden war. Wirtgen erklärte sich bereit, den von Dr. Schlemmer abgetretenen Geschäftsbetrieb zurücküberlassen zu lassen.

Die Presse für Radiogeräte gegenüber der Vertriebsleistung außerordentlich stark gestiegen sind, andererseits aber der Handel nicht in der Lage ist, langfristige Bestellungen beim Erwerb von Radiogeräten von sich aus zu tätigen, wurde jetzt in Stuttgart durch die Vereinigung der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

## Englische Zone

Der Seegüterverkehr der Bremer Häfen lag im Juli mit 46 521 t um 21% unter dem Juni-Umsatz.

Die Hafenschiffahrtbetriebe Niedersachsens haben sich zu der „Vereinigung der Hafenschiffahrtbetriebe im Gebiet Hannover, Braunschweig und Hildesheim e. V., Sitz Hannover“, zusammengeschlossen. Der Grund für diese Maßnahme liegt in der Forderung der einzelnen Betriebe nach gemeinsamer Lohn- und Preisbildung. In Zukunft werden dadurch die Umschlagkosten sowie die Löhne in diesen Häfen bei den entsprechenden Firmen einander angeglichen.

Der Gesamtumsatz in den Duisburg-Ruhrort-Häfen nahm im Juli im Vergleich mit dem Juni um 10% zu. Die Kohlenzufuhr war um 130 000 t höher als im Juni und damit die höchste seit Kriegsende. Der Umschlag von Eisen, Schrott, Kies, Sand, Getreide und Säckerwaren nahm dagegen ab.

Alle Schrottmengen über 10 t, sowie Schrottlagerbestände und Schrottmengen, sind nach einer Mitteilung der Verwaltung für Wirtschaft meldepflichtig. Meldungen sind an das Amt für Eisen und Stahl, Düsseldorf, Breitenstraße 27, zu richten.

30 000 t Rohöl aus dem Nahen Osten sollen bis zum 31. Dezember dieses Jahres in die Doppelzone eingeführt werden. Durch diese Einfuhr wird die Kühlung der getarnten Rohölpfänder aus Venezuela von 120 000 t auf 160 000 t mehr als ausgebaut.

Wenn die im ersten Halbjahr 1948 erzielte Entwicklung des Maschinen- und Antriebsmaschinenbaus anhält, wird die für den Maschinenbau der Doppelzone für das laufende Jahr festgelegte Aufbauplanzahl in Höhe von 23 Mill. Dollar ohne Schwierigkeiten erreicht werden. Wie hierzu vom Wirtschaftsverband Maschinenbau ergänzend mitgeteilt wird,

wurden größere Abschlüsse mit Auslandskunden in letzter Zeit in Nordrhein-Westfalen erzielt, wie Lieferung von Walzenrollen und -einrichtungen. Die Fertigung dieser Objekte erfordert zum Teil Lieferungen von mehreren Jahren. Da nach den JETA-Bestimmungen die D-Mark-Abschreibung für Exporterträge auf Grund des am Tage des Vertragsabschlusses vereinbarten Preises erfolgt, sind derartige langfristige Aufträge bei der ungewissen Kursentwicklung mit erheblichen Preisrisiken verbunden. Auf die Dauer wird der Abschluss solcher Aufträge für den deutschen Maschinenbau nur gering sein, wenn er sich gegen das Risiko nicht zu sichern vermag, was zur Zeit noch nicht der Fall ist.

Wie der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen in einer Konferenz mitteilte, müsse die Entwicklung des Maschinenbaus in der Wirtschaft als ein „wirtschaftliches Wunder“ angesehen werden. Arbeitskräfte würden nicht nur von der Eisenindustrie und dem Bergbau sondern auch von anderen Betrieben zur Durchführung von bereits in Angriff genommenen Bauprojekten angefordert, obwohl durch den Währungsverlust mancher Bau zurückgestellt wurde oder ganz aufgegeben werden ist. Ergänzend hören wir dazu, daß besonders bei vielen amtlichen Aufträgen aus Gründen des Geldmangels die Einstellung der Bauten erfolge.

Über eine weitere Einfuhr von 30 000 bis 40 000 t Rohisen und Backpulver aus Kalifornien in die Doppelzone wird gegenwärtig verhandelt. Die letzten Einfuhren von 120 000 t Rohisen und Pulvern sind bereits größtenteils dem Verbrauch zugeführt worden. In Handelskreisen heißt man, die neuen Einfuhren im Oktober bis November zu erwarten.

Die zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke AG in Düsseldorf gehörige

mit dem Exportprogramm wird man über die Exportkontrolle knappe Rohmaterialien nur nach politisch-militärischen Gesichtspunkten verteilen. Die USA-Handelspolitik dürfte nach dem Wahlen eine Verschärfung in protektionistischer Richtung erfahren. Schließlich schreibt ein Schweizer Blatt wörtlich: „Das neue Rüstungsprogramm verleiht in den USA den Tensoren Auftrieb, die auf eine noch ausgeprägtere wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber Europa abzielen, was natürlich Wasser auf die Mühle der US-Industrie ist, weil für die moderne Kriegführung gewaltige Mengen von Zeitmengen nötig sein werden. Die US-Industrie wird deshalb an die Regierung appellieren, um hinter hohen Zinsmargen eine größere eigene Uhrenindustrie aufzubauen, die während eines künftigen Krieges in den Dienst der nationalen Verteidigung gestellt werden könnte.“

Es sind aber nicht nur die ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten, die Wasser in diese Wein schütten, sondern auch die Einfuhr von Wasser auf die europäische Wirtschaft, die manchen neuer, bisher nicht gesehenen Schwächen aufzudecken läßt. Es liegt nämlich eine Bekämpfung der Verwaltung für Europahilfe vor, eine vorläufig hundertprozentige Nahrung über die Verwendung der Mittel

auszuüben. Erst später will man durch Schließen der Kontrolle auf etwa 5% der Lieferungen beschränken. Bis dahin müssen die einzelnen Marshallstaaten nicht nur über den Erhalt der Lieferungen, sondern auch über die Verwendung und die Verteilung alle zehn Tage Bericht erstatten. Diese neuen Verpflichtungen gehen noch etwas weiter als die an sich schon harten Bedingungen, denen sich die Marshallplandländer unterwerfen mußten, und die Gesamtstand erregter Parlementsdebatten in den einzelnen Ländern, vor allem England, gewesen sind.

Wir hatten gebaut ...

Wir berichteten in unserer letzten Ausgabe, daß von der für das laufende Haushaltsjahr der UN vorgeschlagenen Betragsumme von 23 Mill. Dollar der Betrag von 25 Mill. einbezahlt werden ist. Innerhalb einer beträchtlichen Summe, die in eine finanzielle Zukunft wenig attraktive Zukunft bilden läßt, wie man im übrigen auch aus der neuesten Aufnahme des Generalsekretärs der UN erhellen kann. Hierzu kommt noch, daß Präsident Truman in diesen Tagen ein Gesetz unterzeichnete, durch das den Vereinten Nationen zum Bau ihres neuen „Hauptquartiers“ eine Anleihe von 85 Mill. Dollar stufenweise gewährt wird. Das Gebäude wird in New York errichtet. Vorerst wird der Bau des

sekretariats in Angriff genommen, eines Gebäudes mit 30 Stockwerken, das Büro für 3000 Personen beherbergen wird und das bis 1950 fertiggestellt werden soll.

Wir erinnern uns, daß vor etwa zwölf Jahren ein ähnliches Zielkennzeichen in Genf eingeweiht worden ist. Kostenpunkt: 35 Mill. Schweizer Franken, also etwas billiger als der geplante Bau in New York. In Genf wollten kluge Leute den ewigen Frieden bilden. Das Gebäude reichte dazu wahrscheinlich nicht aus. Heute steht es leer und wird von den Europäern aus USA mit ihrem Sinn für Business mit der Überlegung betrachtet, man hätte seinerzeit so bauen sollen, daß man heute den Palast mit wenig Aufwand an Kapital in ein komfortables Hotel umwandeln könnte. Es ist also gar nicht so abwegig, wenn man empfiehlt, bei der Beratung der Baupläne des neuen Hauptquartiers eine ähnliche Bestimmung schon heute entsprechend zu berücksichtigen. Die Anleihe soll, wie es üblich heißt, das Vertrauen in die Zukunft der UN zum Ausdruck bringen.

Die stufenweise Anleihe für den Bau eines neuen Friedenspalastes umfaßt genau den 187. Teil der für das Etatjahr 1949 vorgesehenen Ausgaben der USA für militärische Zwecke.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.

Die Produktion der 800 Radiohändler in Württemberg-Baden eine Finanzierungs-Gesellschaft gegründet, mit dem Zweck, die Teilzahlungsverträge des Radiohandels durch Einzahlung einer Gesamtsumme gegenüber dem kreditgebenden Bankens zu refinanzieren. Man hofft dadurch, die Umsatzsteigerung im Radiohandel wesentlich zu steigern.









Welt-Warenmärkte

Immer noch hohe Woll-Bestände

Hohe Preise für Merino — Schwache Preise für Kreuzrassen

Wie bereits in der 'Wirtschaftsrevue' Nr. 27 veranschaulicht wurde, ist sich am Weltmarkt an Überproduktion verweilende Wollbestände...

Table with 4 columns: Wollpreise auf britischen Auktionsmärkten, Quidat, Dunschott, etc.

Die Verkaufspreise der staatlichen KZ-gewinnlichen Agentur (IAPD) sind im Preis pro 100 kg 214,50...

Wollproduktion (in Mill. Ballen) 1938/39, 1947/48, 1948/49...

Die hohen Preise vor dem Wollantritt sind abgeklungen und sind zu einem beträchtlichen Teil...

Die Exportpreise Argentiniens sind im Preis pro 100 kg 214,50...

Wollpreise für große Teil der Wollproduktion in Australien...

In England fanden in der Bestenwoche die meisten Wollauktionen statt...

Die Exportpreise Argentiniens sind im Preis pro 100 kg 214,50...

Wollpreise für große Teil der Wollproduktion in Australien...

In England fanden in der Bestenwoche die meisten Wollauktionen statt...

Die Exportpreise Argentiniens sind im Preis pro 100 kg 214,50...

Schiffahrts-Nachrichten

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

Die Ostafrikanische Kompanie K.O. Kopenagen (Aktienabteilung der Ostafrikanischen Kompanie) hat...

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT, 27. August. Die Börse...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

BRNO, 27. August. Die Börse...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

STUTTGART, 27. August. Die Börse...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

NEW YORK, 27. August. Die Börse...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf genommen...

